

Jenseits. Damit bewiesen die Römer ihre negative Solidarität mit den „Fremden“. Auch bei ihnen ist — jedenfalls nach übereinstimmenden demoskopischen Ergebnissen — das *Jenseits* der kritische Punkt. Der Kardinal war zu diesem Punkt sehr präzise. Die Misere liege auch am Prediger: „Schauen wir uns in die Augen und sagen wir die Wahrheit: Wir sprechen nicht davon, weil nicht einmal wir effektiv daran glauben . . . oder weil wir uns dessen schämen aus Angst, das Mißfallen der Hörer zu erregen.“ Dell’Acqua qualifizierte die Religiosität der Römer als traditionell (weil sie akzeptiert werde als Teil der Kultur), als utilitaristisch (die vielen Gebetsübungen dienten vornehmlich eigenen Zwecken), als individualistisch (es fehle die Bereitschaft zu sozialen Konsequenzen), als peripher und unreflektiert. Der Römer schätze die Religion, sehe sich aber kaum zu sittlichen und sozialen Folgerungen veranlaßt; er schätze die Pfarrei als soziale und erzieherische, aber kaum als spezifisch geistliche Institution.

Als weiteres Merkmal nannte der Kardinal die „Fluidität“ der sozialen und religiösen Verhältnisse und Überzeugungen: den turbulenten Umbruch in den religiösen Anschauungen. Die ausgeprägt traditionelle Religiosität der älteren Generation kontrastiere mit der Absage an die traditionellen religiösen Praktiken bei der Jugend, die jedoch nicht als Absage an die Kirche schlechthin oder an den Glauben auszulegen seien. Ein Zeichen der Hoffnung sah er in den aus dem Boden schießenden Spontangruppen. 10% aller Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren gehörten solchen Gruppen an. Er hoffe auf eine verständnisvolle und wirksame Führung durch den Klerus, warnte aber vor einer doppelten Gefahr: vor Sektentum und Klassismus. Die Frage der Fluidität spielte auch in den Arbeitskreisen eine zentrale Rolle. Gewünscht wurde mehr überpfarrliche Zusammenarbeit. Einen Weg dazu sah man in einer *Aufwertung der Dekanate*, in Rom „Präfektoren“ genannt: Sie dienten bisher fast nur als Transmissionsriemen der Diözesanbürokratie. Sie sollten jetzt zu wirklichen Zentren des Gesprächs und der pastoralen Planung umorganisiert werden.

Neben dem Überblick über die Lage der Diözese hatte das Kongreßthema fast sekundäre Bedeutung. Doch gab

es auch dazu bemerkenswerte Aussagen und Diskussionen. Erstens bemühte man sich um ein betont personales Verständnis von Ehe und Sexualität. In den Auswirkungen des sozialen Wandels auf die Ehe wurden nicht bloß Dekadenzerscheinungen registriert. Man sah auch Anzeichen einer neuen Stabilisierung der ehelichen Gemeinschaft durch den sozial bedingten Zwang zur Partnerschaft. Zweitens bemühte man sich um eine echte pastorale Erneuerung der Trauung. Die Brautleute sollten ihre Wünsche zur Gestaltung dem Traupriester mitteilen und selbst an der Gestaltung (Beispiel: Auswahl der Texte) mitarbeiten. Dem gravierenden Pomp bei kirchlichen Eheschließungen wurde eine eindeutige Absage erteilt und Mißbräuche in „Traukirchen“ beim Namen ge-

nannt. Drittens stellte sich der Kongreß die auch anderswo akute Frage, was zu geschehen habe, wenn Brautleute die kirchliche Trauung fordern, denen Glaubensfragen gleichgültig sind. Das Urteil eines Referenten, des Leiters des Liturgiereferates der Diözese, war eindeutig: „Wir können nicht eine Praxis unterschiedsloser Sakramentalisierung fortsetzen, ohne daß das Vorhandensein des Glaubens . . . garantiert ist.“

Insgesamt zeigte der Kongreß, daß die Verhältnisse in Rom trotz seiner spezifischen Religiosität nicht substantiell anders sind als in anderen mitteleuropäischen Städten. Mit der Vorstellung von einem Rom als quasi „sakraler“ ewiger Stadt mit fast unveränderlicher Volksreligiosität schien es endgültig vorbei zu sein.

Schwierige Etappen der vatikanischen Ostpolitik

Die bis zu anderthalb Stunden sich ausdehnende Privataudienz des sowjetischen Außenministers A. Gromyko bei Papst Paul VI. am 12. November dieses Jahres (vgl. „Osservatore Romano“, 14. 11. 70) war bereits das dritte Zusammentreffen zwischen den beiden Persönlichkeiten (nach dem vom 5. Oktober 1965 anlässlich des UNO-Besuches des Papstes und dem vom 27. April 1966 in Rom). Von vatikanischer Seite nahmen auch der Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, A. Casaroli, von sowjetischer der Botschafter beim Quirinal, N. Ryjow, und zwei führende Beamte des sowjetischen Außenministeriums an den Gesprächen teil. Als Gesprächsthemen nannte der vatikanische Pressesprecher A. Alessandrini Abrüstungsfragen, speziell atomare Abrüstung, das Abkommen für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, die europäische Sicherheitskonferenz, die Krisenherde im Vorderen Orient und in Vietnam. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion sich angesichts der Zurückhaltung der westlichen Politiker gegenüber einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz, die sich auch im Gespräch zwischen Gromyko und seinem italienischen Kollegen A. Moro bemerkbar machte, die moralische Unterstützung des Papstes zu sichern sucht. Gromyko wurde vom Papst

auch „auf die Fragen des Lebens der Kirche in der Sowjetunion“ angesprochen. Es ist zu vermuten, daß dabei auch die Situation der Kirche in anderen Ostblockländern erörtert worden ist. Der sowjetische Außenminister sei diesmal, so hieß es (vgl. „La Croix“, 14. 11. 70; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. 11. 70), diesen Fragen nicht ausgewichen.

Dieses Treffen wie die Kontakte, die im Oktober dieses Jahres zwischen Rom auf der einen und Prag und Budapest auf der anderen Seite wiederaufgenommen wurden, stehen im größeren Zusammenhang einer von beiden Seiten angestrebten und für alle Beteiligten als nützlich angesehenen gegenseitigen Interessenabgrenzung. In modifizierter Weise gilt dies auch von den Gesprächen, die auf innerkirchlicher Ebene zwischen Kardinal St. Wyszyński und seinen Begleitern und dem Papst bzw. den zuständigen römischen Stellen geführt wurden und langfristig gesehen zu eventuellen späteren direkten Vorverhandlungen zwischen Warschau und dem Vatikan beitragen können. Im Zuge der Bemühungen, zu einem für beide Seiten annehmbaren Modus vivendi zu finden, sucht Rom der Kirche im kommunistischen Machtbereich einen weitestmöglichen Lebens- und Tätigkeitsraum zu erhandeln, während die kommunistischen Machthaber auf

der Ebene der kirchlichen Institution und Führungsspitzen eine politisch ausmünderbare Verständigungsbereitschaft demonstrieren, die sich freilich auf den konkreten kirchlichen Alltag in den betreffenden Ländern nach den bisherigen Erfahrungen viel zu wenig auswirkt.

Was beabsichtigt Prag?

Gerüchte, daß Prag eine Wiederaufnahme der im Frühjahr 1967 abgebrochenen Gespräche suche, waren in den letzten Monaten immer wieder zu hören. Die erstmals vom Sprecher der tschechoslowakischen Regierung im September abgegebene Erklärung, daß im Oktober dieses Jahres Gespräche über eine Normalisierung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der ČSSR beginnen sollen, waren zunächst vom Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche nicht bestätigt worden. Der Vatikansprecher, *F. Alessandrini*, erklärte noch Anfang Oktober vor Journalisten, daß sie für die Diskretion des Heiligen Stuhles Verständnis haben müßten. Erst als die tschechoslowakische Botschaft in Rom am 16. Oktober bekanntgab, daß die Gespräche am 13. des Monats eröffnet worden waren, bestätigte das vatikanische Presseamt diese Nachricht. Von Prager Seite nahmen an den Besprechungen teil *K. Hruza*, der Leiter des Sekretariats für kirchliche Angelegenheiten in Böhmen und Mähren, sein slowakischer Kollege *J. Homula* sowie der tschechische Botschaftsrat in Rom, *A. Tichy*. Ihre Gesprächspartner waren der Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, *A. Casaroli*, und die Präläten *G. Cheli* und *A. Sodano*.

Wenn auch im Schlußkommuniqué der *Inhalt* der Gespräche nur allgemein mit „Meinungs- und Informationsaustausch über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der ČSSR“ angegeben wurde, so dürfte doch gewiß sein, daß die bekannten, von früheren Kontakten noch anstehenden und nicht bereinigten Fragen Gegenstand dieses Meinungs-austausches gewesen sind. So hat man sicher über die Besetzung der elf (von 14) vakanten Bischofssitze gesprochen. Besetzt sind z. Z. lediglich die Bistümer Budweis (Bischof *J. Hlouch*), Leitmeritz (Bischof *S. Trochta*) und Brünn (Bischof *K. Skoupy*). Verwaist sind dagegen

bzw. nur von einem Apostolischen Administrator verwaltet werden in Böhmen und Mähren die Bistümer Prag (*F. Tomašek*, Apostolischer Administrator), Königgrätz und Olmütz. Unbesetzt sind in der Slowakei die Bischofsstühle von Banská Bystrica (Neusohl), Nitra (Neutra), Spiš (Zips), Košice (Kaschau) und Rožnava (Rosenau), die zwei letzteren als Suffraganbistümer von Eger (Ungarn). Trnava (Tyrnau) hat einen Apostolischen Administrator (vgl. auch Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 9).

Prags Interesse dürfte vor allem auf die Wiederbesetzung dieser verwaisten Bistümer mit politisch annehmbaren Persönlichkeiten gerichtet sein. Hinsichtlich der Art des Modus vivendi zwischen Staat und Kirche hat man dem Vernehmen nach das ungarische Modell vor Augen. Dagegen stehen auf dem vatikanischen Themenkatalog die weiteren Fragen der wiederbedrohten Existenz der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei, die gegenwärtig in der Presse heftig angegriffen wird (vgl. z. B. die Preßburger „Pravda“ vom 1. 9. 70), die Aufhebung bzw. Minderung der scharfen Restriktionen für die Seelsorgsarbeit der Geistlichen und Ordensfrauen, die Erschwerung des Religionsunterrichts, die katholischen Publikationen sowie die Frage der Neuorganisation der Friedenspriester (vgl. auch ds. Heft, S. 569). Eine Fortsetzung der Gespräche zu gegebener Zeit soll vereinbart worden sein.

Angesichts der erheblichen Verschärfung der kirchlichen Situation in der ČSSR in den letzten Monaten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292; 304 und ds. Heft, S. 568) wird von Beobachtern innerhalb und außerhalb des Landes die Frage aufgeworfen, wie ernst es der Regierung mit den wiederangeknüpften Kontakten überhaupt ist. Ist sie lediglich daran interessiert, eine beobachtende Weltöffentlichkeit von den zunehmenden administrativen Pressionen abzulenken? Oder verfolgt sie ganz einfach die bekannte, bereits erwähnte Taktik eines gutes Kontaktes auf oberer und höchster Ebene und der Unterdrückung des kirchlichen Lebens an der Basis? Diese Fragen gewinnen an Gewicht dadurch, daß — wie inzwischen bekannt wurde — *K. Hruza* vor seiner Romreise kurzfristig in Moskau war. Sie werden auch für die vatikanischen

Gesprächspartner gewichtig genug sein, um nicht vorschnell Zugeständnisse zu machen, die gerade vom Volk nicht verstanden oder gar als Verrat empfunden würden. In der ČSSR wurden in dieser Hinsicht nicht unbegründete Befürchtungen laut.

Vorsicht bei den Gesprächen

Müssen vor Verhandlungen zwischen Prag und dem Vatikan die Wege erst durch Vorgespräche geebnet werden, so können die ebenfalls im September/Oktobre wiederaufgenommenen Kontakte zwischen Rom und Budapest auf dem Teilabkommen von 1964 und auf der Regelung über die Neubesetzung verwaister Bistümer im Januar 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 103—105) aufbauen. Die Gespräche, über die offiziell von keiner Seite bisher etwas verlautete, wurden vom Leiter des staatlichen Kirchenamtes, *J. Prantner*, und seinem Stellvertreter *I. Miklos* und Erzbischof *A. Casaroli* geführt. Dem Vernehmen nach richteten sich die ungarischen Wünsche auf die Neubesetzung einiger Bistümer, vor allem des Erzbistums Kardinal Mindszentys, Esztergom, wo gegenwärtig als Apostolischer Administrator *I. Szabó* und als Weihbischof der Theologieprofessor *G. Zemplén* amtieren, die beide erst 1969 eingesetzt wurden. Weiter dränge Budapest auf die Aufhebung der Exkommunikation von Geistlichen, die zum Teil politische Funktionen ausüben. So ist z. B. der heutige Vorsitzende der ungarischen Friedenspriester, *M. Beresztoczy*, bereits seit 1958 namentlich exkommuniziert. Hier dürfte mit der bereits von ihm angekündigten verstärkten Tätigkeit der Friedenspriester auf allen Gebieten ein Zusammenhang bestehen (vgl. auch Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 588/589). Offizielle Beziehungen stelle sich Budapest nach Art der quasi-diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan in den Jahren 1966 bis August 1970 vor (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 401/402). *Casaroli* insistierte bei den Gesprächen auf einer Lockerung der Beschränkungen der Seelsorge allgemein wie insbesondere für den Religionsunterricht und die kirchliche Presse. Zu einer Neubesetzung des Erzbistums Esztergom soll Rom sich nicht bereit gefunden haben. Das

Haupthindernis dafür ist die Weigerung Mindszentys, ohne volle Rehabilitierung das Land zu verlassen.

Auch dem ungarischen Gesprächspartner gegenüber dürfte von vaticanischer Seite große Behutsamkeit mit einem Schuß Skepsis angebracht erscheinen. Wurden doch erst in jüngster Zeit bei amtierenden wie amtsbehinderten Priestern Hausdurchsuchungen vorgenommen, die bisher zur Verhaftung von mindestens 35 Geistlichen wegen „illegaler religiöser Tätigkeit“ geführt haben. Darunter sind vor allem Kontakte zu Jugendlichen und religiöse Gespräche in Zirkeln zu verstehen, womit das Staatsmonopol der Jugend-erziehung angetastet wurde. Das bei den Durchsuchungen beschlagnahmte Material enthielt ausschließlich religiöse Literatur. Auch hatte es die Regierung verstanden, die Hundert-Jahr-Feier der Christianisierung Ungarns, die von den Bischöfen für 1972 angekündigt worden war, kurzerhand auf den August dieses Jahres vorzuverlegen, um allzuviel Feierlichkeit zu verhindern.

Polens Bischöfe drängen den Papst

Noch im Vorfeld direkter Kontakte Rom—Warschau, aber mit deutlich politischem Akzent, lagen die Gespräche, die zwischen dem Papst bzw. Erzbischof Casaroli und den polnischen Kardinälen *St. Wyszyński*, *K. Wojtyła* und dem Erzbischof von Wrocław (Breslau), *B. Kominek*, geführt wurden, die für drei bis vier Wochen nach Rom gekommen waren. Kardinal Wyszyński wird sich außerdem einer gründlichen medizinischen Untersuchung unterziehen. *B. Kominek* war als Vorsitzender einer eigens gebildeten bischöflichen Kommission für die polnischen West- und Nordgebiete mit nach Rom gekommen. Offizieller Reiseanlaß war die Teilnahme an den Sitzungen römischer Kurienorgane (Laienrat, Kleruskongregation). Doch standen die Gespräche über die von polnischer staatlicher wie kirchlicher Seite dringend gewünschte endgültige Regelung des kirchenrechtlichen Status der West- und Nordgebiete im Vordergrund. Vor ihrer Ankunft in Rom hatten sowohl Erzbischof *B. Kominek* wie Kardinal Wyszyński auf der Durchreise ein längeres Gespräch mit Kardinal *F. König* in Wien.

Die bisherigen Bemühungen der polnischen Bischöfe, den Vatikan zu einer Aufgabe seiner bekannten Haltung zu veranlassen, blieben bisher ohne Erfolg, so das Memorandum, das Kardinal Wyszyński am 15. Dezember 1969 dem Papst übergab (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 93), und der Appell, den die polnischen Bischöfe am 3. Mai dieses Jahres von Breslau aus anlässlich des 25jährigen Bestehens der West- und Nordgebiete an den Papst richteten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 266/267). Das jetzige erneute Nachstoßen deutet darauf hin, daß der Papst seine schwierige Vermittlerrolle nicht zu leicht nimmt.

Mißstimmung unter den polnischen Bischöfen in Rom habe es dem Vernehmen nach dadurch gegeben, daß die Kardinäle *Döpfner* und *Höffner* vor ihnen vom Papst in Privataudienz empfangen worden waren. Die von den polnischen Bischöfen vorgebrachten pastoralen Gründe für eine Neuregelung der Bistumsgrenzen werden von den deutschen Bischöfen zwar gewürdigt, doch haben diese nicht nur auf die Vertriebenen Rücksicht zu nehmen, deren Diffamierung die letzte Bischofskonferenz bedauerte (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 502), sondern auch ihre Unabhängigkeit gegenüber den ostpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung zu wahren. Die im allgemeinen über römische Vorgänge gut informierte französische Tageszeitung „Le Monde“ (24. 10. 70) dürfte wohl nicht ganz falsch liegen mit ihrer Feststellung, daß ein Gespräch zwischen Kardinal *Döpfner* und Kardinal Wyszyński in Rom für beide Seiten „unbefriedigend“ verlaufen sei.

Postorale Selbstprüfung des französischen Episkopats

Der diesjährigen Vollversammlung der französischen Bischofskonferenz vom 26. bis 28. Oktober in Lourdes ging wie schon im vergangenen Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 7—9), aber in erweitertem Rahmen eine „Pastoralsitzung“ (21. bis 23. 10.) voraus (vgl. „La Croix“ 23.—26. 10. 70, „Le Monde“, 22./24./27. 10. 70). Zum erstenmal nahmen an den Beratungen außer den

Allerdings dürfte die neuere Erklärung von Kardinal *Döpfner* anlässlich der Jahresversammlung der deutschen Sektion der katholischen Pax-Christi-Bewegung, daß er hoffe, in Kürze „Kardinal Wyszyński und andere polnische Mitbrüder im Bischofsamt zu besuchen“, die Aussage von „Le Monde“ insofern korrigieren, als der erfolgreiche Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen den Vatikan bereitwilliger machen wird, auch die leidige Frage der kirchlichen Diözesangrenzen in den polnischen West- und Nordgebieten neu zu regeln.

Dieser Eindruck ergab sich für vaticanische Beobachter aus den Gesprächen, die die Kardinäle Wyszyński und *K. Wojtyła* sowie Erzbischof *Kominek*, in Begleitung des Generalsekretärs der Bischofssynode, *L. Rubin*, in einer Audienz mit Paul VI. kurz vor ihrer Abreise am 9. November führten.

Die ersten Hinweise aus dem Vatikan nach der Paraphierung bzw. Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages waren zwar widersprüchlich. Korrespondenten wähten Verhandlungen schon unmittelbar bevorstehend, während der Leiter des vatikanischen Presseamtes dies mit dem Hinweis bestritt, der Vatikan könne seine grundsätzliche Haltung erst nach einem Friedensvertrag und nicht nach den bilateralen Abmachungen zwischen Bonn und Warschau ändern. *Alessandrini* dachte dabei wohl auch an die DDR. Dennoch wird die Verhandlungsbereitschaft des Vatikans wachsen. Die deutschen Bischöfe können dabei nicht mehr länger zurückstehen, wollen sie ihre mit dem Briefwechsel von 1965 bekundete Versöhnungsbereitschaft nicht politisch desavouieren.

128 Bischöfen — 31 von ihnen sind nach 1965 geweiht — 51 Laien, 30 Priester, 12 Ordensfrauen, sieben Ordensmänner und vier nichtkatholische Beobachter teil. Auch Journalisten waren zu den Referaten, nicht aber zu den Arbeitskreisen und der abschließenden Diskussion, zugelassen. Vermißt wurden jedoch bzw. nicht eingeladen waren Vertreter der innerkirchlichen „Linken“ (z. B.